

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freunde der Fememörder.

Schwere Anschuldigungen gegen den völkischen Rechtsanwalt Dr. Sack.

Im Femeauschuß des Preussischen Landtages gelangte heute vormittag ein Protokoll über die Vernehmung des Stud. Ing. J. Schaur vor dem Amtsgericht Bismarckstadt zur Verlesung. Die Vernehmung Schours erfolgte im Auftrag des Ausschusses und im Beisein von dessen Berichterstatter, dem Abg. Kuttner. Schaur ist führendes Mitglied der Organisation Consul gewesen, er leitete die Untergruppe „Wittikon“.

Schaur machte Angaben, die den Rechtsanwalt Dr. Sack, den bekannnten Verteidiger der Fememörder, auf das allerschwerste belasten. Er bezeichnete Sack als die Zentrale für alle Durchsuchungen und Fluchtversuche. Sack hat eigenhändig an Tschow, Tilleßen und andere Rathenau-Mörder Raffiberius Gefängnis geschmuggelt. Er benutzte die Sprecherlaubnis des Rechtsanwalts, um die Raffiberius seinen Klienten zuzuführen.

Während der Verhandlung des Rathenau-Mordes wurde bekanntlich von der Organisation Consul der Versuch gemacht, den Angeklagten Günther durch vermitteltes Konflikt zu befreien. Dieser Mordversuch hat bis heute seiner kriminallistischen Aufklärung.

Schaur sagt nun hierzu aus, daß Tschow ihm mitgeteilt habe, er wisse, wer die Hersteller des vergifteten Konflekts seien. Und zwar habe dies Rechtsanwalt Sack dem Tschow mitgeteilt. Sack hat dem Tschow auch mitgeteilt, daß ein Beschluß der Organisation Consul bestünde, die lästigen Mitwisser am Rathenau-Mord aus der Welt zu schaffen.

Nach Tschows Verurteilung gelangten Tschow sowohl wie Schaur in das Zuchthaus Sonnenburg. Hier planten sie gemeinsam eine Flucht und wandten sich zu diesem Zweck an ihre Freunde. Wiederrum war es Rechtsanwalt Dr. Sack, der „Katakomben“, der „Spiritus rector“, wie Schaur sich ausdrückt, bei den Befreiungsversuchen. Unter dem Stichwort „Rosenwein“ wurde ein raffinierter Raffiberiusverkehr mit

Dr. Sack in Szene gesetzt. Die Raffiberius gingen nicht direkt an ihn, sondern, um die Spur zu verwischen, wurde eine Kette von mehreren Mittelsmännern gebildet, deren letztes Glied Rechtsanwalt Sack war. Es wurden vier, fünf Briefumschläge ineinandergesteckt, die folgende Adressen trugen:

- Berner v. Mallinckrodt, Berlin-Wilmersdorf, Hofmeister Straße 33;
Regierungsrat Werner Huld, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 89;
Jakob Paaz, Berlin-Grünwald;
Assistent der Siemens-Werke Düntz, Berlin-Tegel, Hauptstr. 12;
Gutsbesitzer Rohrer, Gut Ottenen bei Sebnitz;
Rechtsanwalt Dr. Sack, Berlin W 50, Tauentzienstr. 18a.

Natürlich wurde nicht für jeden Brief die ganze Kette in Anspruch genommen, sondern immer nur einige Personen. Mit der Zeit, als sich die Gefangenen sicher fühlten, wurde die Kette verkürzt.

Außer der „Rosenwein“-Korrespondenz des Tschow führte Rechtsanwalt Sack auch noch eine zweite unter dem Stichwort „Sacke“ (die Burg, wo Kern und Fischer sich erschossen). Diese Korrespondenz betraf den zu Gefängnis verurteilten Mitwisser des Rathenau-Mordes Tilleßen, den Bruder des Erzberger-Mörders.

Durch diese Korrespondenz mit Rechtsanwalt Sack wurde der Fluchtplan des Tschow genau vorbereitet. Die Flucht sollte zunächst per Flugzeug nach Prag, dort nach einer Zwischenlandung im zweiten Flugzeug nach Ungarn gehen. Tschow war seiner Sache bereits so sicher, daß er in einem Raffiberius den Rechtsanwalt Sack ersuchte, er möchte sich beim Prinzipal der Organisation Consul dafür verwenden, daß Tschow nach seiner Bestrafung das Amt des Femeichters und Vollstreckers über den mitschuldigsten Günther erhalte. Günther wurde nämlich als Berräter angesehen, weil durch sein ungeschicktes Verhalten die rasche Aufklärung des Rathenau-Mordes gelang.

Die Aussage des Schaur zeigt die Rechtsanwaltstirna Sack und Bloch in neuem Lichte. Das Verhalten dieser Anwälte im Fememordprozeß Panzer wird ja den Ausschluß ohnehin beschäftigen. Im Fall der Rathenau-Mörder aber liegen die Dinge noch viel trasser. Die Aussage Schours zeigt Herrn Rechtsanwalt Sack in der Rolle des Begünstigers, Fluchthelfers, gelegentlichen Vermittlers von Mordplänen, Mitwisser von Mordversuchen usw. Daß diese Dinge durch den Verteidigungsauftrag keineswegs gedeckt werden, liegt auf der Hand. Nicht nur die Anwaltskammer, auch die Staatsanwaltschaft hat nach der Aussage Schours alle Ursache, sich diese Blüte völkischer Verteidigung einmal genau anzusehen.

Eine unüberlegte Rede.

Dr. Reinhold auf der Industriellentagung in Dresden.

Auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Industrie sind drei bedeutsame Reden gehalten worden von Geheimrat Kastl, von Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und von Dr. Silverberg. Das große Interesse, das die Rede Silverbergs fand, hat die kritische Betrachtung der beiden anderen Reden stark vernachlässigt. Will man sich jedoch über die Richtung der künftigen Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik klar werden, so ist diese kritische Betrachtung der Reden von Reinhold und Kastl unerlässlich. Das gilt insbesondere von der Rede Reinholds. Er ist der Verwalter der Reichsfinanzen und hat in dieser Eigenschaft einen überaus großen Einfluß, dessen Auswirkungen auch in der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zu spüren sind.

Reinhold hat mit seiner Rede in Dresden einen großen persönlichen Erfolg erzielt. Der Bericht verzeichnet nach seiner Rede: „Stürmischer, langanhaltender Beifall; die Versammlung erhebt sich und bringt dem Minister brausende Ovationen dar.“ Wir wollen nicht untersuchen, in welchem Maße dieser Erfolg der Rednergabe des Reichsfinanzministers zu verdanken ist und in welchem Maße dem Inhalt der Rede. Bergegenwärtigt man sich aber, daß die Teilnehmer dieser Industriellentagung fast ausnahmslos aus nüchternen Rechnern bestanden, dann wird man kaum daran zweifeln können, daß diese Herren sich weniger durch die Form als durch den Inhalt der Rede zu ihrem Beifall veranlaßt sahen. Das verstehen wir. Wohl noch niemals hat die Rede eines Finanzministers so völlig den Wünschen großkapitalistischer Kreise entsprochen, wie diese. Alles stand unter dem Eindruck, daß gegenwärtig auf dem Posten des Reichsfinanzministers ein Mann der eigenen Denkart steht, der nicht nur im Wollen, sondern auch im Denken und Fühlen dem großindustriellen Ideal entspricht.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert drückte das in den Worten aus, Reinhold habe hundertprozentig nach den Wünschen der Industrie gesprochen. Nur mühten seiner Rede auch die entsprechenden Taten folgen. Noch wärmer äußerte sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“, obwohl sie bis in die letzte Zeit hinein zu den schärfsten Gegnern des demokratischen Finanzministers gehörte. In ihr konnte man lesen:

„Wohl selten hat ein Reichsminister seitens der Industrie derartigen Beifall geerntet wie Herr Minister Reinhold. Wohl selten aber auch hat ein Minister in der Deffentlichkeit Worte gesprochen, die der Industrie derart sympathisch waren, die von ihr fast restlos unterschrieben werden konnten. Dabei hatte man den Eindruck, daß es sich nicht um leere Phrasen handelte, sondern daß endlich einmal ein Minister den festen Willen hat, seine Politik in industriellerförderndem Sinne einzustellen.“

Dieses Urteil ist verständlich und berechtigt. Selbst wenn man von der Annahme ausgeht, daß der gekürzte Bericht der Rede manche Äußerung des Ministers unvollständig oder verzerrt wiedergibt, so bleibt doch der allgemeine Eindruck davon unberührt. Herr Dr. Reinhold verwechselt ebenso wie die deutschen Unternehmer das Interesse der Unternehmer mit dem Interesse der deutschen Wirtschaft. In den großen Steuerlasten des deutschen Volkes sieht er — in völliger Mißachtung der Träger dieser Steuerlasten und ihrer sozialen Wirkungen — Lasten der Unternehmer, die sie aus ihrem Gewinn abzuführen haben. Ihnen, und nur ihnen, verspricht er deshalb eine Senkung der Steuerlasten, und er stellt in Aussicht, daß die Ausgaben gedrosselt werden sollen, um diese Steuerentlastung zu ermöglichen. Derart einseitig ist bisher von amtlicher Stelle kaum jemals die Förderung plutokratischer Absichten in der Steuerpolitik betont worden.

Herr Dr. Reinhold ist davon ausgegangen, daß die Finanzpolitik der letzten Jahre infolge ihrer Uebererschuldwirtschaft einen „schweren Fehler“ darstellt. Wir sehen keinen Anlaß, diese Finanzpolitik, die meist gegen den Widerstand der Sozialdemokratie betrieben wurde, zu rechtfertigen. Man kann aber auch über sie denken wie man will. Das eine jedoch ist unbestreitbar: Herr Reinhold lebt von diesen „schweren Fehlern“. Diese „schweren Fehler“ haben im Jahre 1924/25 einen Uebererschuß von 2079 Millionen Mark gebracht. Diesen Uebererschuß hat Herr Dr. Reinhold zum großen Teil noch vorgefunden. Ohne diesen Uebererschuß wäre eine Politik des Steuerabbaues völlig unmöglich, ohne diesen Uebererschuß hätten nicht einmal die sehr erheblichen einmaligen Ausgaben ohne Steuererhöhung vorgenommen werden können und wäre der Etat des Reiches nicht zu balanzieren. Ohne diese Uebererschüsse hätte man auch das Abkommen mit dem Reparationsagenten nicht abschließen können, das eine frühere Zahlung der Reparationsleistungen vorsieht, Deutschland aber eine Ermäßigung der Zinsleistungen zugestehet.

Ebenso wie die Unternehmer scheint aber auch Herr Dr. Reinhold die Meinung zu vertreten, daß diese Uebererschüsse aus der Ueberspannung derjenigen Steuern herrühren, die von den besitzenden Kreisen aufgebracht wurden. Das ist aber in jeder Beziehung falsch. Und es ist überaus bedauerlich, daß ein Reichsfinanzminister die unwahren Darstellungen derjenigen Kreise, denen die Steuerscheu zur Gewohnheit geworden ist, gedankenlos wiederholt. Von den 2079 Millionen, die sich im Jahre 1924/25 als Uebererschuß ergaben, stammen nicht weniger als 1682 Millionen aus den Massensteuern und nur 397 Millionen aus

Locarno ist ratifiziert.

Die Ratifikationsurkunden in Genf ausgetauscht.

Genf, 14. September. (MIB.) Die an den Verträgen von Locarno beteiligten Mächte, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, die Tschechoslowakei und Polen, haben heute vormittag im Generalsekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunden zu diesen Verträgen niedergelegt.

An dem Akt, der sich im Amtszimmer des Generalsekretärs Sir Eric Drummond vollzog, nahmen teil: für Deutschland Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, für England Staatssekretär Sir Austen Chamberlain, für Frankreich Minister des Auswärtigen Briand, für Italien der erste Delegierte Senator Scialoja, für Belgien Senator de Brouquere, für die Tschechoslowakei Minister des Auswärtigen Beneš und für Polen der Minister des Auswärtigen Jalecki, die alle von ihren juristischen Sachwaltern begleitet waren. Nach Prüfung der verschiedenen Urkunden wurde über deren Niederlegung für jeden einzelnen Vertrag ein besonderes Protokoll angefertigt und von dem jeweils beteiligten Vertreter unterzeichnet.

Nach Abschluß dieser Formalitäten richteten die Delegierten gemeinsam ein Telegramm an den Bürgermeister von Locarno.

Am 11. Februar 1925 hatte die deutsche Regierung den Westmächten einen Sicherheitspakt angeboten. Am 17. Oktober desselben Jahres wurde er in Locarno von den auf der Konferenz versammelten Ministern paraphiert. Am 28. November nahm ihn der Deutsche Reichstag an, am Tage darauf gab der Reichspräsident v. Hindenburg seine Unterschrift, am 1. Dezember wurde der Vertrag von den in allen beteiligten Staaten hierzu bevollmächtigten Ministern in London unterzeichnet. Im März dieses Jahres sollte er auf der außerordentlichen Völkerbundstagung nach der Aufnahme Deutschlands ratifiziert werden. Was damals scheiterte, hat sich heute, am 14. September 1926, vollendet. Die fünf Verträge von Locarno sind Bestandteil des Völkerrechtes geworden: die vier Schiedsverträge zwischen einerseits Deutschland, andererseits Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei und Polen, der Rheinpakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, mit England und Italien als Garanten. Von nun an sind die sieben Vertragsmächte an diese Verträge für die Dauer gebunden.

Fast zwei Jahre europäische Geschichte haben sich um das internationale Vertragswerk von Locarno gedreht. Wannigfach waren die nationalen Schwierigkeiten, die es zu überwinden hatte. Ein Staatsstreich in Polen, Bruch der Regierungskoalition in der Tschechoslowakei, Sturz dreier Ka-

binette in Frankreich, Zerfall einer Regierungskoalition, dazu ein Kanzlerwechsel in Deutschland: das waren die Hindernisse, die sich in den beteiligten Staaten gegen die Verwirklichung von Locarno aufstürmten. Schon die Geschichte dieses juristischen Vertragswerkes ist ein Sieg des zwischenstaatlichen, des internationalen Gedankens. Nun gilt es, seine politischen Wirkungen zu erhalten und zu vertiefen.

Primo unterliegt im Volkentscheid.

Nur eine Minderheit stimmt für die Diktatur.

Madrid, 14. September. (MIB.) Die Volksabstimmung hat gestern ihren Abschluß gefunden. Bis um 9 Uhr abends lagen etwa fünf Millionen Zustimmungen für die Regierung vor. Die Ergebnisse aus einigen Provinzen fehlen noch, so daß mit einer Gesamtziffer von sechs Millionen gerechnet wird.

Abends gab Primo de Rivera zur Feier seines Regierungsantritts den Regierungsmitgliedern ein Bankett. Heute findet ein Kabinettsrat statt, der sich mit den Maßnahmen für die Konstituierung der Nationalversammlung beschäftigt wird.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Madrid bedeutet die äußerst schwache Wahlbeteiligung nicht, daß das Direktorium nicht populär sei, sondern beweise nur die politische Teilnahmslosigkeit des ganzen Volkes. (1)

Die spanische Diktatur hatte es nicht wagen können, eine freie und unbeflügelte Abstimmung stattfinden zu lassen. Deffentlich mühten Männer und Frauen ihre Namen unter das Manifest setzen, durch das das Volk dem Diktator sein Vertrauen bekunden sollte. Nein-Stimmen wurden nicht entgegengenommen. Stimmhaltung war die einzige Möglichkeit, gegen Primo de Riveras Regime Stellung zu nehmen. Die Regierung ließ alle Verwaltungsgastspiele, um die Massen in die Stimmlokalen zu bringen. Staatsbeamte und Staatsarbeiter wurden als Stimmvieh kommandiert, der ganze Wahlterror angewandt, den auf dem Lande und in kleinen Städten die herrschenden Klippen auszubieten vermögen. Und dennoch nur 5 bis 6 Millionen Stimmen bei einer Bevölkerung von über 21 Millionen, also etwa 14 Millionen Stimmberechtigten. Nur ein Drittel der Wähler hat für Primo gestimmt. Die Militärdiktatur ist im Volkentscheid mit fast zwei Drittel Mehrheit unterlegen, das ist das Ergebnis der spanischen Abstimmungsfeier.

Daß Primo sich zu einer Volksabstimmung herbeiließ, war ein Zeichen der Schwäche. Das Ergebnis hat seine Schwäche vollends enthüllt.

allen Besitzstücken zusammen. Die Lohnsteuer allein brachte einen Mehrertrag von 612 Millionen, die Umsatzsteuer 538 Millionen, die Beförderungsteuer 82 Millionen und die Zölle und Verbrauchssteuern 450 Millionen. Selbst wenn man annimmt, daß ein Teil der Umsatzsteuer nicht auf die Preise der Waren aufgeschlagen werden konnte und infolgedessen von den Unternehmern aus dem Gewinn zu entrichten war, so wäre das nur ein Ausgleich dafür, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer gerade in dieser Zeit zum wesentlichen Teile abgewälzt worden sind. Die Ueberwälzung der Steuern derjenigen Schichten rechtfertigen, die zu diesen Ueberwälzungen fast nichts beigetragen haben.

Statt dessen aber hat Herr Dr. Reinhold die Herabsetzung der Einkommensteuer und die Ermäßigung der Realsteuern in Aussicht gestellt und versprochen, daß künftig die Geschäftsbilanzen die Grundlage der Steueranlagung werden sollen. Er hat wieder den Grundgedanken aufgestellt, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben, und daß der endgültige Finanzgleichgewicht zu einer Verminderung der gesamten Steuerlast führen müsse. Ueber die Gestaltung des Finanzgleichgewichts, wie sie Herr Reinhold und dem Reichsverband der Industrie vorschwebt, wird noch im einzelnen zu reden sein. Ob es für die Reichsregierung zweckmäßig ist, dieses an und für sich sehr schwierige Problem, bei dem nicht nur finanzielle und soziale, sondern auch verfassungspolitische und verwaltungsrechtliche Gegenstände bestehen, zum Vorstoß für eine plutokratische Neuordnung unseres Finanzwesens zu benutzen, erscheint uns außerordentlich zweifelhaft.

Dem Grundsatz, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben, widersprechen wir aber aufs schärfste. Er stellt nichts anderes dar als einen Sieg rein materieller Interessen über soziale Pflichten. Die Aufgaben und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften dürfen nicht lediglich bestimmt werden nach der an und für sich geringen Reigung der Bürger, Steuern zu zahlen. Sie haben sich vielmehr von dem Wohl der Allgemeinheit und der pflichtgemäßen Fürsorge für die großen Schichten der notleidenden Bevölkerung zu richten. Und wenn insbesondere Herr Dr. Reinhold seinem Grundsatz, die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten, die Antündigung folgen läßt, daß er die Einnahmen ermäßigen werde, so kann das trotz aller gegenteiligen Versicherungen nur als Absicht ausgelegt werden, die bereits bestehenden sozialen Verpflichtungen einzuschränken. Denn wenn die so oft angekündigte Verwaltungsreform etwa in den Dosen verabsolgt wird, deren erste die Umbildung des Reichsfinanzministeriums ist, dann wird man noch in hundert Jahren auf ihre materiellen Auswirkungen warten können.

Alles in allem möchten wir keinen Zweifel daran lassen, daß die Rede des Herrn Dr. Reinhold unsere Befürchtungen gegenüber seiner Politik und seiner Persönlichkeit nur noch verstärkt hat. Wie wollen uns andererseits aber auch vor einer Ueberhöhung dieser Dresdener Rede hüten. Denn schließlich ist sie doch nur eine Rede und keine Handlung. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann muß man gerade bei Herrn Dr. Reinhold sehr scharf zwischen Reden und Handeln unterscheiden. Deshalb wollen wir hoffen, daß unsere Kritik Herrn Reinhold vor unüberlegten Schritten bewahren wird, obwohl er deren so viele angekündigt hat.

Der Reichsinnenminister Dr. Käy hat bei seinem Besuche in Wien anlässlich der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft den Ministern der österreichischen Bundesregierung wie dem Bürgermeister der Stadt Wien, Genossen Seih, Besuche abgestattet und überall eine besonders freundliche Aufnahme gefunden.

Interview mit Mutter Wolffen.

Von Hans v. Zmehl.

Gerhart Hauptmann wohnte in den drei Jahren, in denen seine ersten naturalistischen Werke eine Revolutionierung der deutschen Theaterliteratur herbeiführten, zuerst in Friedrichshagen, dann in einem Landhause in Erkner in der Nähe der Friedrich- und Fürstendammstraße, das einem Rentier Laffen gehörte, dem Rentier Krüger vom „Biberpelz“ und in dem auch die Mutter Wolffen mit ihrer Familie angesiedelt war. Das Haus in Erkner, in dem jetzt ein Restaurant unter dem Namen „Rurhaus“ betrieben wird, erinnert heute äußerlich in nichts mehr an die historische Mission, die es in der Dramatik ausgeübt hat. Der Rentier Krüger ist tot, aber die Mutter Wolffen, eine 81jährige Frau Heinz, ist heute noch als Besitzerin eines einfachen Häuschens in der Wilhelmstr. 42 in Erkner anständig. Im Vorderhaus, das sie vermietet hat, wohnen vier Arbeiterfamilien, in einem armliden Seitengebäude des Hofes, nur mit Küche und einem Stübchen mit der Aussicht auf einen fruchtbaren Garten, hält sie das Urbild der größten Komödie der neueren Literatur verborgen, eine Gestalt, die, ohne es zu ahnen, den hervorragendsten Darstellerinnen unserer Zeit, wie der Elise Lehmann, die Möglichkeit einer unendlichen Bereicherung ihres Schaffens gegeben hat.

Auf einer Steinterrasse im Abendhimmel sitzt ein altes Mütterchen, schmal und klein, mit noch nicht ganz erbleichtem, gespalteltem Haar auf einem runden Köpfchen, mit freundlichen, heiteren Gesichtszügen und sehr klugen, intelligenten Augen, grauen Rahenaugen, mit denen sie heute noch beim Schein einer ganz kleinen Nachtlampe ohne Brille lesen kann und auch halbe Nächte liest. Nach den ersten Worten, die man mit dieser Frau gesprochen hat, wird es einem sofort klar, daß sie wirklich die Mutter Wolffen ist.

Ich frage sie zunächst nach Gerhart Hauptmann. „Freilich,“ sagt sie, „den hab' ich gut gekannt. Er war ein guter Mensch — aber wissen Sie, damals war er eben noch zu jung, auch wegen seiner Heirat. Sein Bruder aber, der Karl, das war der richtige Mann. Na ja, und damals konnte er auch wohl in der Dichtung noch nicht soviel verdienen wie jetzt.“

„Und haben Sie mit ihm mehrere Jahre im selben Hause gewohnt?“

„Ja, natürlich, und später zog Hauptmann dann nach Charlottenburg, kam aber noch mal als Sommergast wieder.“

„Und haben Sie den „Biberpelz“ auch einmal auf der Bühne gesehen?“

„Ja, einmal im Vesting-Theater.“

„Und was haben Sie dazu gemeint?“

„Na, ich habe dazu gesagt und gesagt: Ihr seid ja alle dumme.“ — Nach einer Pause fuhr sie fort: „Wissen Sie, die dummen Menschen glauben immer, daß es sich wirklich alles so zugetragen hat, wie der Dichter es schreibt. Aber der Hauptmann hat natürlich vieles dazu erfunden.“

Nach dieser Rehabilitation forschte ich weiter nach dem Rentier Krüger. Dies ist unzweifelhaft der vorhin erwähnte Rentier Laffen gewesen, der von der alten Frau genau so als betrieblicher, charakterfester und leicht erregbarer Mann geschildert wird, wie er von Hauptmann übernommen wurde.

Die letzte Instanz.

Ein Ministerialbeamter gegen die Regierung.

Im Hugenbergischen „Tag“ polemisiert ein „höherer Ministerialbeamter“ gegen die Umbildung im Reichsfinanzministerium. Die Polemik ist auf den Ton gestimmt: jede Aufwartegeduld höherer Beamter, die den Rechtsparteien angehören, ist rechtswidrig und verfassungswidrig. Im übrigen sucht diese Polemik eines „höheren Ministerialbeamten“ die Regierung und ihre Verordnung nach Kräften verächtlich zu machen. Sie spricht von einem Beschluß der „Minister der Reichsbannerpartei“, von „biederem Augenblicktag und sozialer Salbung“ der Begründung, von einem „apokryphen Kabinettsbeschuß in später Nachtstunde“. Eine Polemik, die ein „höherer Ministerialbeamter“ im Kaiserreich schwer hätte büßen müssen.

Aber warum zu dieser Polemik im „Tag“ nicht die Punkte auf 3 setzen? Die Umbildung im Reichsfinanzministerium hat auch den Ministerialrat Kühnemann betroffen, der besonders wegen seiner reaktionären Beamtenschaft angefeindet wurde. Herr Kühnemann hat sich bis zum äußersten gewehrt. Er hat sich beim Reichspräsidenten beschwert und eine Interpellation erreicht, die erst an dem entscheidenden Hinweis des Finanzministers auf seine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit ein Ende fand.

Die Gegenwehr der Betroffenen hat die Umbildung verzögern, aber nicht aufhalten können. Nun bleibt ihnen als letzte Beschwerdeinstanz — die Hugenberg-Presse.

Die Sorgen des Wilhelm Pieck.

Oder: Wie vermeidet man eine Parteispaltung.

Wilhelm Pieck ist der Organisationshonze der SPD. An fallschuldigem Ignorismus wird er von niemand übertroffen. Er dient jeder Richtung mit gleicher Treue und Hingabe. Wie Casar liebt er keine Leute um sich, die sich allzuviel Gedanken machen oder sich durch irgendwelche Intelligenz auszeichnen. Das ist immer gefährlich und schädlich. Nur ist er selbst im übrigen kein Casar — weiß Gott nicht! Die Universitätsammlung der 700 hat jetzt sogar ihn dazu gebracht, sich schriftstellerisch zu betätigen. Ganze anderthalb Spalten widmet er einem Artikel, der zum Kampf gegen die „Saboteure der revolutionären Arbeit“ auffordert. Wieviele solcher Spaltungen hat Pieck, der bewährte Hausknecht der SPD, schon mitgemacht! Das Rezept ist bei ihm immer dasselbe: alle sentimental Gemüter werden gerührt durch den Hinweis auf die furchtbare Gefahr, in die die Partei von gewissenlosen Leuten gebracht wird; die armen, bedauernswerten prächtigen, ehrlich-revolutionären Arbeiter sind die Verführten; die Intellektuellen, die Koffeekausliteraten, die „Kritiker“, die Leute mit eigenen Gedanken, das sind die Verbrecher und Verführer. Die Verführer wirft man hinaus, die Verführten lehren in den Schoß der Kirche zurück. Also heißt die Parole:

„Schärfster Kampf den Machern der Unterschriftenammlung, den Fraktionsmachern, den Parteischädlingen, den Saboteuren jeder revolutionären Arbeit! Diese Elemente haben jetzt klar ihr Gesicht gezeigt, ihnen gegenüber die gesamte Front der Parteimitgliedschaft! Je stärker die Partei ihre revolutionäre Arbeit erfüllt, je weniger die Parteigenossen sich durch die Parteidiffusion von diesen Elementen abhalten lassen, ihre revolutionäre Arbeit unter den Arbeitern zu erfüllen, je stärker die Parteigenossen den Kongress der Werktätigen vorbereiten und damit die Voraussetzungen für die weitere Steigerung der Bewegung und eines ersten Kampfes für die revolutionären Forderungen schaffen, je mehr wird es der Maslow-Ruth-Fischer-Urbahn-Gruppe unmöglich gemacht werden, die Parteigenossen zu desorganisieren, sie mit Mißtrauen gegen die Parteileitung und untereinander zu erfüllen und die Parteieinheit in Gefahr zu bringen.“

Damit das Rezept wirksamer sei, bekommt es eine weitere — leider auch nicht neue — Note. Ruth Fischer-Maslow-Urbahn sind — Menschewisten! Weil der „Vorwärts“

wörtliche Auszüge aus den Dokumenten der Opposition bringt, wird den bedauernswerten Gläubigen erzählt, der „Vorwärts“ solidarisiere sich mit der Opposition. Dabei weiß jedes Kind, daß die arme „Rote Fahne“ um so mehr auf den „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie fluchen muß, je offenkundiger in Rußland und in Deutschland der Bruch mit der alten kommunistischen Taktik wird. Die Rückzugstrategie eines Wilhelm Pieck und seiner jungen Leute kann doch niemand darüber täuschen, daß die Russen das Kommando geben: Boldampf rückwärts! und daß man dabei — ob man will oder nicht — bei der Sozialdemokratie landen wird. Einstweilen wird man vielleicht 30 „Führer“ hinauswerfen und dann erklären: — nun ist die Partei gerettet. Halten wird die „Rettung“ gerade eine ganze Woche. Wilhelm Pieck ist kein Casar.

Einfuhrscheine und Buttermzoll.

Beschlüsse des handelspolitischen Ausschusses.

In der heutigen Sitzung des handelspolitischen Ausschusses wurde über Einfuhrscheine und Buttermzoll nur kurz debattiert. Nachdem der Regierungsvorleiter aufgefördert hatte, der Regierung den Zeitpunkt für die Aufhebung der jetzt gültigen Bestimmungen über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine zu überlassen, und dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt worden war, nahm die Mehrheit des Ausschusses einen Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei (Zwischenruf Hilferding: Partei G a g l - J a r r e s) an: Der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Wertbestimmung der Einfuhrscheine in den ersten Tagen des Oktober 1926 mit den geltenden Zollätzen in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Sozialdemokratie beantragt, statt des in Kraft getretenen autonomen Zolls von 30 M. den bis zum 1. August d. J. in Kraft gewesenen Zoll von 22,50 M. bis 31. Dezember bestehen zu lassen. Genossin Wurm erinnert an die Versprechungen der Regierung wie des Zentrums, den autonomen Zoll nur als Verhandlungsgrundlage zu betrachten, ihn aber nicht in Kraft zu setzen. Genosse Hilferding erhebt den Vorwurf, daß die Handelspolitik der Regierung sich vollkommen in den alten Bülowischen Bahnen bewege, und von den Veränderungen in der weltagrarischen Produktion seit dem Kriege von den Führern der deutschen Handelspolitik keine Notiz genommen werde. Nach langer Debatte wird der Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt, und der sinnliche Handelsvertrag mit Wirkung ab 1. Oktober angenommen, wodurch der Buttermzoll auf 27,50 M. festgelegt wird.

Auf Anfrage der Genossin Wurm, welche Vorkehrungen die Regierung nunmehr getroffen habe, den vom Ernährungsministerium herangerufenen Schwierigkeiten in der Gefrierfleischversorgung zu begegnen, gibt ein Vertreter des Ernährungsministeriums die formelle Erklärung ab, daß sofort eine Ausgleichsmenge von 5000 Tonnen für den Monat September hergegeben worden sei, und daß ab 1. Oktober die monatliche Belieferung mit 10000 Tonnen gesichert wäre.

Poincarés Schatten hinter Briand.

Frankreichs Außenminister beklagt die unaufhörliche Polemik zwischen Deutschland und Frankreich.

Paris, 14. September. (M.B.) Minister des Auswärtigen Briand hat nach einer Redung der Agence Havas gestern abend in Genf den Journalisten erklärt, er habe keine neue Unterredung mit Dr. Stresemann gehabt, jedoch würden sie beide wenigstens noch einmal zusammenkommen, um über die Mittel zur Durchführung der Abkommen von Locarno sich zu verständigen. Diese Abkommen seien auf Verträgen basiert. Die Durchführung eines Vertrages aber sei schwierig für zwei Länder, die durch unaufhörliche Polemik gegeneinander aufgebracht würden. Wüßten nicht aber Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Lage vereinfachen und die Anwendung der Verträge erleichtern?

„Und Ihr eigener Mann, Mutter Wolffen?“

„Nun, er war Schiffsbauer und ein stiller und ruhiger Mensch — und er mochte auch ganz gern einen trinken, aber er war kein Süßer. — Ich sag's, wie's ist.“

„Und dann war da noch die Pumpsäule“, sagte die alte Frau.

„Aha, die Frau Rotes.“

„Ihr Mann hat auch gedichtet; er hieß H. hatte ein lahmes Bein.“

Im „Biberpelz“ ist Rotes bekanntlich ein Einäugler.

„Haben Sie auch gewaschen, Frau Heinz?“

„Freilich.“

„Wo denn?“

„Na beim Rentier Laffen und beim Amtsvorsteher.“

„Aha, der Herr von Wehrhahn!“

„Was war denn das für ein Amtsvorsteher?“

„Er hieß Herr von Busse, war ein ganz scharfer und drauste bei jeder Gelegenheit auf.“

Hier mischte sich eine Nachbarin ein und sagte, daß der Amtsvorsteher sie auch einmal gefährlich angeschnauzt hätte, als sie zur Abstempelung einer Inzidenzarte bei ihm erschienen war.

Wie man weiter hörte, ist Wehrhahn inzwischen gestorben.

„Was machen Sie denn jetzt, Frau Heinz?“

„Mein Mann ist 23 Jahre tot, und ich habe das Häuschen und den Garten, da hat man den ganzen Tag zu tun. — Und manchmal gehe ich auch in die Heide, fürs Holz.“

„Und Ihre Kinder? Sie hatten wohl nur Mädchen?“

„Ja, drei. Zwei sind tot, und die eine ist im Rheinland verheiratet, aber es geht ihr nicht gut.“

„War eine Ihrer Töchter bei dem Rentier in Stellung?“

„Nein, aber die Zweite war, als sie noch ein Schulmädchen war, vielfach bei Hauptmanns im Hause und ist auch mit ihnen gereist.“

sehen Sie, hier habe ich noch eine Photographie von dem kleinen Joo Hauptmann, dem guten Jungen.“

Sie schaute trauernd über das Bild und fragte, ob ich nicht wüßte, wo dieser Junge geblieben wäre; sie hätte nie wieder etwas von ihm gehört. Und es war ganz, als ob man die Szene aus dem „Biberpelz“ sähe, in dem Mutter Wolffen das kleine Philippchen liebte, weil sie selbst keinen Sohn hat, und ihre eigene Tochter daneben steht. Dieser rührende Zug aus dem Schauspiel hat sich bis zu dem 81. Lebensjahre der Frau erhalten.

„Und die Schiffer?“

„Von Schiffen weiß ich nichts. Früher gab's hier wohl einige, die Steine aus den Kalkbergen fuhren, aber ich hatte mit ihnen nichts zu tun.“

Dafür erzählte sie mir aber, daß Hauptmann in seiner Erknerzeit sehr sorgfältig die Handwerker und Arbeiter beobachtet habe, die in das Haus kamen.

Ein von der Frau immer wieder mit gegenüber wiederholtes Bekenntnis lautete: „Ich bin geradezu — und ich war helle; darauf können Sie sich verlassen. Und Humor habe ich auch, selbst heute noch, das können Sie glauben!“

Die Sprechweise der alten Frau war ganz die der Mutter Wolffen — und als ich von ihrchied, hatte sie mir einen Apfel aus ihrem Garten in eine Tasche geschmuggelt und rief mir, ganz als ob sie den seligen Julian meinte, freundlich-energisch nach: „Nacht aber auch das Tor ja!“

(Vorabdruck aus der „Volksbühne“.)

Rabindranath Tagore redet und singt. Rabindranath Tagore, der nach dem großen Saal der Philharmonie zu einem Vortrag eingeladen hatte, sprach vor einer dichtgedrängten Menge. Er sprach englisch und in seinem Heimatdialekt. Er sagte die fröhliche und harmonische Lehre auseinander, die da erreichen will, daß der arme Mensch sich hier schon auf unserer häßlichen Erde ein Himmelreich bereitet. Wir müssen uns nur daran erinnern, daß der Mensch der Herrscher und Schöpfer aller weltlichen Dinge ist. Nichts ist der Welt besitzt Wirklichkeit durch sich selber. Alles, was existiert, Steine und Blumen, Gewässer und Sterne, Freuden und Schmerzen, Niedriges und Erhabenes, der ganze Kosmos in seiner scheinbaren Unzulänglichkeit, alles was geschaffen wurde, alles was geschaffen ist und noch geschaffen sein wird, lebt nur, wenn der Mensch ihm Leben gewährt. Der Mensch ist der Schöpfer aller Schöpfung, er ist darum auch der Schöpfer aller Wirklichkeit und Wahrheit. Er ist darum endlich auch Schöpfer jener höchsten Wahrheit, die wir das Göttliche nennen. Der Indier verfügt über das Geheimnis, das alle Apostel, Religionsstifter und Sektierer begehren. Er erhebt durch entzückende Worte das, was im Geldbeutel und im Magen fehlt. Bewußt, um Freude an seiner Beredsamkeit zu finden, darf man nicht übermäßig von Daseinsbeschwerden überbürdet sein. Hat man Hoffnung, nicht vollständig in das Meer des Glends hinausgeschwemmt zu werden, so laßt man noch mehr Hoffnung, indem man dem Indier zuhört. Hat Rabindranath Tagore die gedankliche Darstellung seiner Lehre beendet, dann beginnt er, in bengalischer Sprache seine Gedichte vorzutragen. Er singt, er singt sichtbarlich in sein klingendes Innere hinein. Schließt man die Augen, so vermeint man, daß nicht ein kraftvoller Geis dort auf der Bühne der Philharmonie tönende Verse skandiert. Man vermeint, es regt sich dort eine Sphäre, um mit heller, hallender Frauenstimme irdische Wahrheiten zu verkünden. Diese Dichterstimme des indischen Propheten ist besonders merkwürdig. Es geht von diesem Manne ein Strom der Begeisterung und der Loyalität aus, obwohl wir uns gestehen müssen, daß er uns nur für Augenblicke berührt. Das, was er lehrt, kann nur eine Zerstreuung sein. Eine Stütze und ein Stab kann es nicht sein.

Eans Reimann stellt auf ein Einladung der Volksbühne G. B. am 17. abends 8 Uhr im Vestingtheater, Lullies aus seinen Werken. Einladungen für 1 Mark sind in den Geschäftsstellen und Zahlstellen der Volksbühne sowie an den Theatraltheaterkasten erhältlich.

Literarische Nachforschungen. Das Trianon-Theater bereitet für viele Ereignisse einen Ballus von literarischen Nachforschungen unter Leitung von Prof. Deiderich Hirschberg vor. Am 17. September, 11 Uhr, geht erstmalig das dreiteilige Drama „Die Entertän“ von Viktor von Blasen in Szene. Diese Nachforschungen werden kurz vor 1/4 Uhr beendet sein.

Eine Ausstellung photographischer Bildnisse veranstaltet das Photographische Atelier Kint und Carré Gey aus Frankfurt a. Main in den Räumen der Buch- und Kunsthandlung Reuß & Pollack, Auerstraße 220. Die Ausstellung wird am 15. September eröffnet.

Ein deutsch-schweizerisches Städtehandtheater. Die Städte Konstanz, Schaffhausen und Winterthur haben eine Theatergemeinschaft in der Form beschlossen, daß der Theatertreib in den drei Städten unter dem Namen Vereinigte Stadttheater Konstanz-Schaffhausen-Winterthur dem seitherigen Bodensee-Städtebundtheater in Konstanz übertragen wird.

Deutscher Juristentag.

Debatte über parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Köln, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung des Deutschen Juristentages stehen eine Reihe von Verhandlungsgegenständen, die für die weiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von größter Wichtigkeit erscheinen. Dieses sind die Frage der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in ihrer Beziehung zum Strafverfahren und zur Unabhängigkeit des Richtertums, die Frage der Ausdehnung der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes, das Problem der Einschließung für Ueberzeugungsverbüchler und die Frage der Haftung der Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzulässige Kampfhandlungen.

Kußerst bedeutungsvoll war der Verlauf der Verhandlungen über

die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse.

Der Berichterstatter Professor Dr. Jacobi-Weipzig stellte sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß die Untersuchungsausschüsse in ihren Rechten nicht eingeschränkt werden dürften, daß die Forderung des Gutachters Rosenbergs, die dahin ginge, daß die parlamentarische Untersuchung eines Verbrechens erst nach Beendigung des gerichtlichen Strafverfahrens beginnen dürfe, unannehmbar sei und daß es notwendig erscheine, durch ein Reichsgesetz das Verfahren der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse festzulegen. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld erklärte, daß von irgendwelchen Eingriffen der parlamentarischen Ausschüsse in die Unabhängigkeit der Richter keine Rede sein könne. Die Fragestellung sei aber im Falle einer möglichen Kollision zwischen Rechtssprechung und parlamentarischen Ausschüssen, welches von beiden Interessen von größerer Bedeutung ist, das Interesse des Staates an der Beseitigung gewisser Mißstände oder das Interesse an einer geordneten Rechtspflege. Die Antwort könne nicht zweifelhaft sein. Zudem habe die Praxis der parlamentarischen Ausschüsse ihre Nützlichkeit erwiesen. So habe ihre Tätigkeit dazu geführt, daß die Bestimmungen zur Abgabe von Postkrediten geändert wurden, daß der Minister für Volkswohlfahrt in Verbindung mit der Höfle-Affäre durch einen entsprechenden Erlass bestehende Mängel beseitigt habe, daß im Herbst ein Gesetz des Reichstages vorgelegt werde, das die Untersuchungshaft regelt usw. Im weiteren wandte sich Rosenfeld gegen die Forderung des Berichterstatters Jacobi, den parlamentarischen Ausschüssen das Recht der Beerdigung der Zeugen zu nehmen und die Einfordern von Akten durch Behörden oder öffentliche Beamte zu unterlassen.

Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld wurden von einem großen Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die Genossen Goldschmidt und Eckstein. Auch zwei Vorsitzende von parlamentarischen Ausschüssen, ein Volksparteiler und ein Zentrumsmann, sprachen sich für die Rechteinräumung der Ausschüsse aus. Erwähnenswert ist u. a. noch die Rede des Rechtsanwalts Ulsberg, der die Kritik an den parlamentarischen Ausschüssen durch den Hinweis parierte, daß diese ja erst einige Jahre ihre Tätigkeit ausübten, während z. B. trotz des 50jährigen Bestehens der Strafprozessordnung kürzlich ein Fall passiert sei (er meint damit die Magdeburger Kalling-Affäre), wo eine blinde Frau nach einer Gegenüberstellung mit der in Frage kommenden Person verurteilt wurde.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld und eine Anzahl anderer parteigebundener Juristen beantragten mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchungsausschüsse weder die Unabhängigkeit der Richter, noch die Durchführung von Strafverfahren beeinträchtigen, in erster Linie von allen Forderungen auf Veränderung der Verfassung Abstand zu nehmen. Im Falle der Ablehnung dieser Entschlüsse beantragten die Genossen, daß man wenigstens für die Untersuchungsunterstützung fordern müsse das Recht der Vereidigung, das Recht auf unbefristete Vorlegung von Akten und das Recht der Sitzungspolizei gegen ungebührlich auftretende Auskunftspersonen.

Sozialdemokratische Kundgebung.

Köln, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagabend beschäftigte sich in Köln eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung mit der deutschen Klassen- und Parteijustiz. Die Kundgebung, in der eine Anzahl namhafter, aus Anlaß des Juristentages in Köln weilender sozialdemokratischer Juristen sprachen, gestaltete sich äußerst eindrucksvoll. Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Rosenfeld, der sich besonders mit den jüngsten Vorgängen in Magdeburg befaßte und die Forderung erhob, daß gegen alle Verfehlungen des Richtertums die Arbeiterklasse geschlossen und einig antämpfen müsse. Reichstagsabgeordneter Kirshmann-Köln bezeichnete die heutige Justiz als das schwärzeste Kapitel in der neuesten deutschen Geschichte. Der neue Staat sei noch kein Rechtsstaat geworden. Notwendig sei es auch, daß man in Deutschland den Strafvollzug ändere. Auf diesem Gebiet könne man von außerdeutschen Ländern noch manches lernen. Besonders stürmisch begrüßt, sprach der österreichische Nationalrat Dr. Eisler, der sich mit den Rechtsverhältnissen in Oesterreich beschäftigte, die er als ebenso dunkel und verworren bezeichnete, wie die in der deutschen Republik. Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Renner aus Wien wies darauf hin, daß sowohl in Oesterreich wie in Deutschland die neue Verfassung grundsätzlich an der Justiz nichts geändert hat. Die Sozialdemokratie lehne das Berufsrichteramt innerlich nicht ab, wohl aber sei sie gegen die Auswirkungen, in denen sich das Berufsrichteramt vollziehe. Landrichter Ruben-Berlin getheile die Schicksalen, denen republikanische Richter in Deutschland ausgesetzt sind. Der Richter müsse sich als ein Teil des Volkes fühlen, in dessen Namen er Recht spricht. Ruben verlangte die Heranbildung eines Laienrichtertums, das sich den Berufsrichtern an die Seite stellen könne.

Vom deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris bereite eine Kommission aus fünf Mitgliedern (drei Neutralen, einem Polen und einem Deutschen) zurzeit Polen, um die Liquidationsfälle, in denen gegen ein Butterbrot liquidiert wurde, zu prüfen. Die Kommission wird nach Abschluß ihrer Feststellungen dem Schiedsgericht ein Gutachten unterbreiten. Bei vielen Liquidationsfällen muß auch noch die Frage der Staatsangehörigkeit geklärt werden, weil Polen seinerzeit eine ganze Menge deutschstämmiger Polen kurzerhand zu Reichsdeutschen gestempelt hat. Auch hierfür muß noch in Ausführung des Wiener Vertrages ein besonderes Schiedsgericht eingesetzt werden.

Reichspräsident von Hindenburg beendete seinen Urlaub und kehrte nach Berlin zurück.

Anlaßlich der Tagung des Hauptauschusses des deutschen Städteverbandes am 17. September in Stettin findet am Freitag, den 17. September, vormittags um 8 Uhr, im kleinen Saal des zweiten Obergeschosses des Städtischen Konzerthauses (am Königstor) eine Gruppenversammlung der SPD-Delegierten statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, welche die Tagung besuchen, so zeitig in Stettin einzutreffen, daß sie an dieser Sitzung teilnehmen können. Die kommunalpolitische Zentralstelle beim Parteivorstand (SPD.)

Der Reichsminister der Finanzen Dr. Reinhold tritt nach Beendigung seiner Besprechungen mit der heftigen Regierung einen etwa vierwöchigen Erholungsurlaub an, den er in Spanien verbringen wird. Seine Vertretung führt Staatssekretär Dr. Popitz.

Das gefälschte Testament.

Eine Professorsgattin der Fälschung überführt.

In der nächsten Schwurgerichtsperiode wird die Verhandlung gegen die 40jährige Professorsgattin, Frau Dr. Hessolde Schnabel, geb. Gräfin v. Leiningen, stattfinden. Frau Dr. Schnabel ist der Testamentsfälschung angeklagt. Nach ihrem eigenen Geständnis hat sie nach dem Tode ihres Gatten ein Testament aufgesetzt, nach dem sie Universalerbin wurde. Frau Schnabel ist die Haupttochter der reichsunmittelbaren Familie Ullleiningen-Westernburg in Hessen.

Professor Dr. Schnabel, der aus Lemberg stammte und jüdischer Konfession war, seit langen Jahren in Deutschland lebte, lernte während des Krieges in einem Bazar in der Gräfin Leiningen kennen, die von einer katholischen Frauenorganisation als Pflegschwester ins Feld geschickt worden war. Professor Schnabel verlobte sich mit der Gräfin schon während des Krieges und kam 1922 nach Deutschland zurück, nachdem er auf Grund einer viel beachteten wissenschaftlichen Arbeit einen Ruf an das Robert-Koch-Institut für Infektionskrankheiten erhalten hatte. Der Professor bewohnte mit seiner Gattin, die er sehr liebte, das der Gräfin gehörige Besitztum auf der stillen Planitz-Insel, verkehrte jedoch in der Potsdamer Gesellschaft nur sehr wenig. Im November 1924 trat der Gelehrte eine Forschungsreise nach Ostpreußen an, wo in einigen Landkreisen rätselhafteste Krankheitsfälle aufgetreten waren. Er infizierte sich dort an der Ruhr und starb, nachdem man ihn schwerkrank nach Berlin gebracht hatte, hier in einer Klinik.

Nach dem Tode Prof. Schnabels tauchte plötzlich ein Testament des Gelehrten auf, in dem er seine Gattin zur Universalerbin seines gesamten Besitzes machte, während seine eigene Familie, mit der der Verstorbene stets in bestem Frieden lebte, leer ausging. Die Verwandten Prof. Schnabels zweifelten das Testament vom ersten Tage an. Die Schreibschreiberin gelangten sehr bald zu der Ansicht, daß das Testament in der Tat eine Fälschung sein müsse. Frau Prof. Schnabel wurde auch durch die Wirtschaftlerin ihres Mannes belastet, die bekundete, daß Frau Prof. Schnabel, die mit der Familie ihres Mannes nicht sehr gut stand, kurz vor dem Tode des Professors seinen Schreibtisch geöffnet und die dort vorhandenen Papiere geflücht und an sich genommen habe. Im Papierkorb fanden sich auch einzelne Papierfetzen, auf denen Schreibübungen in der Handschrift Schnabels angesetzt waren. Der Untersuchungsrichter legte der Witwe, die bei den bisherigen Verhören stets gelehrt hatte, sich der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht zu haben, überraschend die aufgefundenen Beweisstücke vor, und unter der Wucht der Tatsachen legte Frau Prof. Schnabel dann ein umfangreiches Geständnis ab. Sie erklärte, daß ihr Gatte, der körperlich sich sehr wohl und rüstig fühlte, nicht daran gedacht hatte, ein Testament zu machen, daß er ihr aber bei Besuchen stets erklärt habe, er wüßte, daß sie im Falle seines vorzeitigen Ablebens Universalerbin werde. Da Frau Prof. Schnabel mit der Familie ihres Mannes aber in Unfrieden lebte, befürchtete sie, daß die Verwandten ihres Mannes auch auf das ihr persönlich gehörige Besitztum bei Potsdam Anspruch erheben würden, da sie mit ihrem Manne in Gütergemeinschaft gelebt habe. Sie habe deshalb vorbeugen und sich selbst sicherstellen wollen, um so mehr, als das Vermögen ihres Mannes nicht sehr beträchtlich gewesen sei.

Die Villa auf der Planitz, zu der man nur durch Uebersehen gelangt, macht einen unheimlichen Eindruck. Die unteren Fenster sind vergittert, der Garten vollständig verwahrlost und nur ein biffiger Hund läuft umher. Jeder, der zur Villa gelangen will, muß vorher die Worte: „Rage, Rage“ rufen. Es erscheint auf diesen Ruf ein 18-jähriger, sehr hübscher junger Mann, das einzige Weib, das in der aus acht Zimmern und Nebengebäude bestehenden Villa haust. Rag führt der Frau Professor den Hausstand vollständig allein, macht mit ihr Ausflüge und wird von ihr sehr bevorzugt. Zu dem Prozeß ist kein Zeuge geladen, da die Frau Schnabel geständig ist.

Schiffe am Schwielowsee.

Ein Vorfall, der noch der Aufklärung bedarf und der wieder einmal mit den Herren v. Röhne auf Behow in Zusammenhang gebracht wird, beschäftigt zurzeit die Potsdamer Staatsanwaltschaft. Am Sonntagabend wurde von zwei jungen Leuten aus Berlin beim Landjägerposten in Behow die Anzeige erstattet, daß sie beim Angeln im Schilf des Schwielowsees unweit des Besitztums des Herrn v. Röhne plötzlich Schiffe gehört hätten und gleich darauf von mehreren Schrotflügelern getroffen und verletzt worden seien. Die Anzeige wurde an die Staatsanwaltschaft in Potsdam weitergeleitet. Die sofort die notwendigen Ermittlungen aufnahm, und zwar zunächst auf Schloß Behow selbst, da nach den Vorfällen früherer Jahre der Verdacht nahe lag, daß Herr v. Röhne oder sein Sohn die Urheber dieser Schiffe gewesen seien. Beide bestritten bei einer Vernehmung aber auf das Entschiedenste, am letzten Sonntag überhaupt nur ein Gewehr in der Hand gehabt zu haben. Ebenso überheute sie an diesem Tage auf ihrem Besitztum weder Schiffe noch Hülfskräfte gehört. Da diese Darstellung auch von anderen Zeugen bestätigt wurde, scheint es sich tatsächlich um einen noch unbekanntem Schützen zu handeln, der vielleicht im Schilf auf Enten gejagt und dabei, ohne sein Wissen die Angler durch abirende Schrotkugeln verletzt hat. Die Ermittlungen der Potsdamer Staatsanwaltschaft nehmen ihren Fortgang.

Ein Taxameter mit Quittungsdrucker.

Von einer bekannten Uhrenfabrik wurde kürzlich auf dem Hof des Polizeipräsidiums in der Magazinstrasse ein Taxameter vorgeführt, der nicht nur alle bisher bekannten Funktionen und Vorteile der auf dem Markt befindlichen Apparate umschließt, sondern noch als Reueheit einen Zuhörsapparat bringt, durch den nach jeder Fahrt zwangsläufig eine Quittung für den Fahrgast über den zu entrichtenden Fahrpreis ausgehändigt wird. Die Quittung in Bon-Format zeigt den Fahrpreis, Zuschlag, das Datum und die Nummer der Taxis. Eine auf Veranlassung und unter Aufsicht der Abteilung II des Polizeipräsidiums in Anwesenheit des Regierers und Bauwerks Schuppen vorgenommenen Probefahrt zeigte die einwandfreie Funktion des Apparates. Der Schuß und der Vorteil, den das Publikum durch eine derartige Einrichtung genießt, ist offensichtlich. Nicht nur, daß die verabschiedete Quittung als Beleg zu betrachten ist, kann an Hand der auf der Quittung enthaltenen Angaben eine eventuell anzubringende Reklamation jederzeit verfolgt werden. In etwa einem halben Jahre sollen die ersten Taxameter mit Quittungsdrucker — solange dauert noch die Herstellung von Werkzeugen für eine Serienfabrikation — in Betrieb genommen werden.

Jugendweihe.

Die Jugendweihe der Arbeiterschaft Groß-Berlins, die am Sonntag im überfüllten Schauspielhaus stattfand, war ein lebendiger Ausdruck künstlerischer Kraft und starker Empfindung, so daß sie Jugendliche wie Erwachsene gleichermaßen in ihren Bann zog. Ein Orgelkonzert und ein Adagio für drei Celli schufen gleich anfangs die feierliche Grundstimmung. Der Berliner Volkssänger unter Leitung Dr. Zanders ließ darauf „Wach auf!“ aus den Weilerfingern und „Worgentrot“ in den hohen Raum klingen. Eine Weiberrede Dr. Zehmanns, von Herzen kommend, zu Herzen gehend, wandte sich eindringlich an die jungen Menschen, die hier ihre Weihe für das Leben empfangen. Wieder folgte das Liebermannsche Cellos-Trio mit einem Schubertischen Adagio ein. Ihm folgte der Berliner Volkssänger mit „Sorge nur nicht“ und vor allem dem ergreifenden Mozartschen „Reichet euch die Hand“. Hieran baute sich als Kupferkrönung Franz Rosenfelders schöner Sprechchor „Der Herbst geht über die Heide“, der von dem Florentinischen Sprechchor meisterhaft wiedergegeben wurde. Erstauslich stark wirkten dabei

auch zwei jugendliche Sprecher, die aus der Frische ihrer Empfindung heraus Heinrich Witte, der wie immer mit starker Gestaltungskraft sprach, mit samt den mitwirkenden Teilnehmern die Schöpfung des Dichters zum Erlebnis werden ließen. Wieder setzte nach dem großen Gelächte des Sprechchors die Orgel ein, die Willi Zaeger meisterhaft spielte. Letzte Worte zum Geleit gab der Weiberredner auf den Weg und drückte zwei Jugendlichen für alle Ewigkeit die Hand. Als Ausklang spielte die Orgel „Freude, schöner Götterfunken“, und langsam, leider ohne gemeinsamen Gesang als leichtes starkes Beten, verließ die Menge die Jugendweihe.

Kunstausstellung in Reutköln.

Die Deutsche Kunstgemeinschaft, die den Erwerb guter Originalkunstwerke auch Minderbemittelten durch monatliche Teilzahlungen ermöglichen will, veranstaltet in Berlin zum ersten Male für einen einzelnen Bezirk eine besondere Kunstausstellung. In die Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Reutköln wendet sie sich mit einer Auswahl von Werken namhafter Künstler, von Delgemälden, Pastellen und Graphiken, die im Palmenhaus des Körnerparks ausgestellt sind.

Bei der Eröffnung, die am Sonntag stattfand, waren Vertreter der Kunstgemeinschaft, der Stadt Berlin und ihrer Bezirke zugegen. Im Namen des Bezirksamts Reutköln, unter dessen Mitwirkung die Ausstellung zustande gekommen ist, begrüßte Stadtrat Genosse Dr. Löwenstein die Gäste. Er wies darauf hin, daß in dieser Zeit der Verarmung und des allgemeinen Mangels es vielen Kreisen der Bevölkerung noch schwerer als sonst wird, in den Besitz guter Kunstwerke zu gelangen. Die Verteidigung des Kunstgutes der Minderbemittelten dürfe nicht einem gewinnstüchtigen Unternehmertum überlassen bleiben, das mit scheinbar billigen, aber tatsächlich wertlosem Kitsch und Schund die Massen abseilt. Die Deutsche Kunstgemeinschaft habe den Weg gezeigt, gute Kunst in das Volk zu tragen, und Proben davon wolle diese Ausstellung bieten. Als Vertreter der Deutschen Kunstgemeinschaft sprach Prof. Hans Baluschek. Die Kunstgemeinschaft wolle den Massen dienen, die nach Kunst verlangen, und zugleich den Künstlern, die nach Brot hungern. Baluschek hob hervor, daß im Ausschuh der Deutschen Kunstgemeinschaft angelegene Künstler aller augenblicklich herrschenden Richtungen seien. Auch die Reutkölnner Kunstausstellung biete Werke der verschiedensten Kunstströmungen.

Die Ausstellung wurde sofort nach der schlichten Eröffnungsfeier dem allgemeinen Besuch freigegeben. Sie bleibt geöffnet vom 12. September bis zum 30. September in den Nachmittagsstunden von 2 bis 6 Uhr. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Großes Bubentopfschneiden.

Der Werbeabend der Fachabteilung des Arbeitnehmersverbandes des Friseurgewerbes am Sonntag bei Haberland leitete die Arbeiten für das kommende Winterhalbjahr ein. Die enge Verbindung zwischen den sachlichen und den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Gehilfenorganisation wurde besonders hervorgehoben. Die Versicherung, daß in der Fachabteilung das Beste an beruflichen Leistungen geboten wird, wurde durch die Tätigkeit der Friseurenden, worunter neun der Fachlehrer, voll auf bestätigt. Frisuren aus langem Haar wurden der Bubentopfmode angepaßt, Phantasiofrisuren gezeit, Bubentöpfe geschuldet oder nachgeschuldet und in den verschiedensten Formen frisiert. Nagelpflege, Wasserfrisuren am Kopf, Schminken, kurzum alle Prozeduren, die zum richtigen „Auftragen“ gehören, wurden vorgenommen und nachdem im einzelnen kurz erläutert. Die Arbeiten konnten durchweg als erstklassig bezeichnet werden.

Der Werbeabend sollte insbesondere nach außen hin von der Bedeutung der Fachabteilung Zeugnis ablegen, die sie sich in Fachkreise bereits errungen hat. Die Ausnahmelisten für die Aufsteiger mußten geschlossen werden, da die Teilnehmerzahl sich nicht über einen gewissen Kreis hinaus erstrecken kann, wenn Massenausbildung vermieden werden soll. Die Fachabteilung darf ihren Werbeabend als einen guten Erfolg buchen.

Felix Fehrenbach spricht über „Polizei, Justiz und Fremden in Bayern“ heute abend 8 Uhr in der „Republikanischen Redner-Vereinigung“ Anhaltstr. 11. Republikaner als Gäste willkommen. Eintritt frei.

Die Typhusepidemie wächst weiter.

Der Ursprung des Erregers noch nicht geklärt.

Hannover, 14. September. Die fürchtbare Typhusepidemie in Hannover ist trotz aller gegenteiligen Versicherungen der städtischen Körperschaften noch immer nicht zum Stillstand gekommen, vielmehr läßt sich feststellen, daß die Krankheit von Stunde zu Stunde an Ausbreitung gewinnt. Heute vormittag sind durch den Magistrat auf Grund der Ausnahmen in den Krankenhäusern und in den besonders hergerichteten Schulen 579 Personen als eingeliefert festgestellt worden. 17 Todesfälle sind bis heute morgen zu beklagen. Tatsächlich ist die Zahl der Erkrankten aber noch wesentlich höher, da es allmählich schwierig wird, geeignete Unterkunftsräume für die Behandlung der Kranken zu schaffen. Heute vormittag hat sich die Stadt veranlaßt gesehen, eine weitere Schule zu schließen und als Lazarett umzuwandeln, nachdem die gestern erst hergerichtete Schule in der Petrifstraße schon besetzt ist.

Die städtischen Körperschaften Hannovers stehen dem Anmachsen der Epidemie ziemlich ratlos gegenüber, und es ist mit Ausnahme der Schulschließungen, die heute nachmittags um 4 Uhr beginnen sollen, noch nichts geschehen, um dem Uebel grundlegend zu steuern. Bedauerlicherweise geben in Hannover die Ansichten über die Ursachen der Erkrankungen sehr weit auseinander, und dieser Streit der Meinungen scheint auch die Initiative der Stadtverwaltung nicht gerade fördernd zu beeinflussen. Während die von der Regierung beauftragte Untersuchungskommission ebenso wie die Gesundheitspolizei der Ansicht sind, daß die verstaubte Rindler Wasserleitung als Verbreiter der Infektion in Frage kommt, erklärt die Stadtverwaltung, daß eine Sperrung dieser Werke solange nicht durchgeführt werden könne, als nicht klar erwiesen sei, daß auch tatsächlich von dort her die Krankheitserreger kommen. Die Regierungsstellen ihrerseits haben sich aber auch nicht entschließen können, der Stadt die Sperrung dieser Wasserquelle aufzuerlegen, und dieses Hin und Her hat viel dazu beigetragen, die Unruhe in der Stadt zu erhöhen. Zahlreiche Bürger verlassen mit ihren Familien die Stadt und suchen jetzt bereits in der Umgegend Hannovers in kleineren Städten und Dörfern Unterkommen, bis die Seuche den Höhepunkt überschritten hat.

Zur Eindämmung der Typhusepidemie in Hannover hat das Rote Kreuz, wie wir erfahren, in den letzten Tagen bereits fünf Baracken mit je 20 Betten nach Hannover geschickt. Eine letzte Baracke ist im Abtransport begriffen. Außerdem sind zwischen Berlin und Hannover anbauend Autokraftwagen unterwegs, in denen außer den Baracken hunderte von Einzelbetten befördert werden.

Hannover, 14. September. (W.B.) Nach einer Meldung der städtischen Pressestelle Hannover über den Stand der Typhuserkrankungen liegen im Krankenhaus I 383, im Hilfskrankenhaus Holfenhoffstraße 319, im Krankenhaus Siloah 177 Kranke. Bisher sind 17 Fälle tödlich verlaufen.

Hannover, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Während sich bisher alle gemeldeten Typhusfälle auf die Stadt Hannover bezogen, kommt jetzt vom Landratsamt des Kreises Linden die Nachricht, daß in fünf Orten des Kreises ebenfalls Typhusfälle einwandfrei festgestellt worden sind. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Uebertragung der Seuche aus Hannover.

Bewerkschaftliche Jahresbilanz.

Der Bericht des ADGB. für 1925.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1925, das jüngst in der Verlagsgesellschaft des Bundes erschienen ist, bietet auf seinen 237 Seiten eine Fülle von Material. Die ersten Abschnitte behandeln die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die Preissteigerung und ihre Bekämpfung sowie die Handelspolitik; die Krisis auf dem Arbeitsmarkt, die durch tabellarische Uebersichten über die Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, der Vollerwerbslosen und der Kurzarbeiter im allgemeinen und nach Industriegruppen geordnet erläutert wird, die Unterstützung der Erwerbslosen, die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und den Arbeitsnachweis. Die folgenden Abschnitte betreffen Dames-Plan und Steuererhebung, Sozialpolitik und Volkswirtschaft, den Kampf um den Achtstundentag, die Sozialpolitik im Reichswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat und Berufskammern, die Gewerkschaften in den amtlichen Wirtschaftsorganen und die Entwicklung des Arbeitsrechts. Der Darstellung der

Lohnpolitik der Gewerkschaften

folgt eine tabellarische Uebersicht über die Tarif(spitzen)löhne der männlichen und weiblichen gelernten und ungelerten Vollarbeiter einer ganzen Reihe von Berufen in 48 Groß- und Mittelstädten auf Grund der regelmäßigen Erhebungen des ADGB. Die durchschnittliche Lohnhöhe in allen Berufen schwankte Ende 1925 zwischen 70,2 Pf. und 102,3 Pf., wobei Leipzig am niedrigsten, Berlin am höchsten steht. Die Statistik der Lohnbewegungen weist 269 958 Fälle an 51 816 Orten in 304 243 Betrieben mit 15 758 812 Beteiligten auf; in 3659 Fällen, die sich auf 45 782 Betriebe erstrecken, kam es zu Streiks und Aussperrungen. Die Gesamtausgaben der freien Gewerkschaften für die Lohnbewegungen betragen 26 851 679 M., wovon allein

25 324 867 M. für Streiks und Aussperrungen.

Die Bewegungen drehten sich hauptsächlich um die Erringung besserer Löhne. In 26 662 Fällen von 26 958, d. h. in fast allen Fällen, wurden die Bewegungen durch Vergleichsverhandlungen beendet, davon 10 039 durch Vermittlung der Schlichtungsausschüsse und der Einigungsämter. 34 Gewerkschaften schlossen in 1921 Tarifverträge für 1 307 935 Arbeitnehmer ab, während 2407 Tarifverträge für 3 638 466 Arbeiter verlängert oder erneuert wurden.

Ein Abschnitt ist der Technischen Rothhilfe und ihrer notwendigen Beseitigung gewidmet, wichtigere dem technischen Arbeiterschutz, dem Elend der Heimarbeiter, der Berufsschulung der Frauen, dem Lehrlingswesen und der Jugendorganisation.

Aus dem die Organisationsfragen betreffenden Abschnitt geht hervor, daß die Zusammenfassung der Organisationen Fortschritte macht, und daß auch auf dem Gebiete der Vereinheitlichung der verwaltungstechnischen Einrichtungen der Verbände, auf dem leider noch keine besonderen Erfolge zu verzeichnen sind, weitergearbeitet wird. Die 40 Verbände des ADGB zählten 1925 im Jahresdurchschnitt

in 16 054 Verbandsorten 4 154 451 Mitglieder,

wovon 751 583 weibliche. Ende 1925 betrug die Mitgliederzahl 4 182 511, ein Mehr von 158 644 gegen das Vorjahr. Von den Verbänden zählten 14 weniger als 25 000 Mitglieder, sieben bis zu 50 000, neun bis zu 100 000, 10 über 100 000, und zwar die Metallarbeiter 764 009, die Bauarbeiter 342 255, die Fabrikarbeiter 334 685, Textilarbeiter 312 935, Holzarbeiter 297 511, Verkehrsband 289 455, Gemeinde- und Staatsarbeiter 200 464, Bergarbeiter

187 818, Eisenbahner 197 990 und Landarbeiter 185 212. Die 1067 Ortsausschüsse der Gewerkschaften, gebildet von 11 168 Gewerkschaften mit 3 355 952 Mitgliedern, unterhalten 127 Gewerkschaftshäuser, 43 Bureaus, 115 Arbeitersekretariate, 219 Reichsaustunftsstellen, 696 Ortsbibliotheken, 420 Bildungs-, 238 Jugendausschüsse, 291 Kommissionen für Bauarbeiterschutz und 244 Betriebsrätezentralen. Auch mit den kommunistischen Zersplitterungsmaßnahmen muß der Bericht sich befassen.

Um über den wirklichen Arbeitsverdienst ein Bild zu bekommen, hat der ADGB in der Woche vom 2. bis 7. November 1925 in 54 Städten für 22 Berufe

eine Lohnlöhntafel

vorgenommen, wobei auf den Löhnen die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden angegeben war, ob gelernt, angelernt oder ungelern, ob im Zeitlohn oder Stundlohn, ob männlich oder weiblich, ledig oder verheiratet und Zahl der schulpflichtigen Kinder. 145 497 Lohnlöhntafeln wurden bearbeitet. Das Ergebnis, das hier nur gestreift werden kann, ist äußerst wertvoll. Die ermittelten Arbeitsstunden schwanken zwischen 48,7 und 53,9 (Berlin 49,2). Der Durchschnittslohn eines über 18 Jahre alten Gelernten bewegte sich zwischen 79 und 113 Pf., eines Angelernten zwischen 63 und 91 Pf., einer Arbeiterin zwischen 39 (Stettin) und 60 Pf. (Köln), eines jugendlichen männlichen Arbeiters zwischen 31 und 55 Pf., einer Arbeiterin zwischen 26 und 44 Pf. In gleicher Reihenfolge betrug der Durchschnittslohn der einzelnen Gruppen 95,8, 76,3, 51,4, 42,9 und 35,7 Pf. Weitere Abschnitte gelten dem deutschen Auswanderungsproblem, dem gewerkschaftlichen Bildungs- und dem Mutter-schutz. Das Jahrbuch bietet einen guten Uebersicht über

das große Aufgabengebiet der Gewerkschaften

im allgemeinen und das des Bundesvorstandes im besonderen. Um den an ihn herantrhenden Anforderungen gerecht zu werden, mußte der Bundesvorstand seinen Verwaltungsapparat vergrößern. Im inneren Dienste des Bundesvorstandes stehen sieben Vorstandsmitglieder, 16 Angestellte und 11 Hilfskräfte, während in den Bezirksausschüssen 11 vom Bunde besoldete Sekretäre tätig sind. Die Bundeskasse schloß in Einnahmen und Ausgaben mit 2 469 700,19 M., wovon unter anderem 1 004 967,15 M. für die Aussperrung in Dänemark an Einnahmen und 885 000 M. Ausgaben, und für die Aussperrung der Glasarbeiter 130 936,18 M. an Einnahmen und 185 000 M. Ausgaben. Die „Gewerkschaftszeitung“ hat eine Auflage von 73 000, die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ eine solche von 75 000. Die Verbandsorgane verzeichneten eine Auflage von 4 349 500 Exemplaren. Zum Schluß behandelt das Jahrbuch die Delegation des ADGB nach den Vereinigten Staaten und die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Kein Zweifel, in den Verbänden wie im Bundesvorstand des ADGB wird eine Unmenge notwendiger und nützlicher Arbeit geleistet, die zwar vorwiegend „reformistisch“, in Wirklichkeit revolutionär ist als die ganze worttrabende Betriebsamkeit auf jener Seite, die sich bescheidenlich zur Weiteroberung berufen fühlt.

Wenn irgend möglich, müssen die folgenden Jahrbücher mindestens ein Vierteljahr früher herausgebracht werden. Da nicht jeder eifrige Gewerkschafter sich das Jahrbuch (Preis für Mitglieder 3,75 M., gebunden 4,25 M.) beschaffen kann, müßten die Bibliotheken der einzelnen Gewerkschaften dafür sorgen, daß ein möglichst großer Kreis ihrer Mitglieder es lesen kann.

sehr wesentliche Verbesserungen. Zu der Verneuerung der Lohnklassen kommt eine Erhöhung des Prozentfußes um 10 Proz., eine Erhöhung der Familienzulage um 2½ Proz. sowie Erhöhung des Höchstunterstützungsfußes um 15 Proz. Die bisherige Einteilung der Unterstützungsfußes nach Ortstufen und Wirtschaftsgebieten war längst veraltet und hat vielfach zu schreienden Ungerechtigkeiten in der Unterstützung geführt. Diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen und zu gleicher Zeit im ganzen die Unterstützung für die Arbeiterschaft zu verbessern, ist der Zweck der gewerkschaftlichen Vorschläge.

Demonstration der Leipziger.

Leipzig, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes und zur Einleitung der gewerkschaftlichen Werbewoche hatte das Gewerkschaftsamt in Leipzig am Montagabend zu einer Demonstration aufgerufen. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten marschierten mit Fackeln und Musikkapellen nach dem Augustusplatz. Es war eine gewaltige Kundgebung des Proletariats und die Veranstaltung bildete einen guten Auftakt für die kommende Werbewoche. Drei Redner hielten Ansprachen, die mit einem Hoch auf den Internationalen Gewerkschaftsbund endeten. Das Leipziger Volkshaus war angefüllt mit Zehntausenden von Besuchern.

Gewerkschaftsfeier in Paris.

Paris, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich des 25. Jahrestages der Begründung der Gewerkschafts-Internationale wird am 18. September in Paris im Trocadero eine große Volksfeier veranstaltet werden, auf der u. a. der Generalsekretär der freien Gewerkschaften, Genosse Jouhaux, das Wort ergreifen wird.

Französischer Bergarbeiterkongress.

Paris, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittag ist in dem Gewerkschaftshaus der Grubenarbeiter in Bens der 20. Kongress der nationalen Föderation der französischen Grubenarbeiter eröffnet worden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Laufe des Kongresses die Delegierten der Grubenarbeiter aufgefordert werden, die Stellungnahme der französischen Grubenarbeiter zu dem englischen Generalstreik zu präzisieren. Aller Voraussicht nach wird ein Antrag eingebracht werden, ein Referendum in allen Zweigvereinen zu veranstalten, um festzustellen, ob es nicht opportun sei, einen internationalen Streik in den Kohlenbezirken zu veranstalten, um die englischen Arbeiter zu unterstützen für den Fall, daß ihre Forderungen bis Ende des Monats nicht erfüllt sein sollten.

Verfahren Situation im Bergbaukonflikt.

Die Regierung hat jetzt das Wort.

London, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Grubenbesitzer haben am Montagabend Churchill schriftlich mitgeteilt, daß sie jede Verhandlung über ein nationales Lohn- und Arbeitszeitabkommen im Bergbau ablehnen.

London, 14. September. (W.B.) Der zur Behandlung der Kohlenfrage gebildete Rabinetsausschuß wird unter dem Vorsitz von Churchill heute nachmittag zusammentreten, um die durch den Beschluß der Bezirksvereinigungen der Bergwerksbesitzer geschaffene Lage zu besprechen.

Der Volksauschuß des Bergarbeiterverbandes war gestern zu einer Sitzung zusammengetreten und hat sich dann bis heute vertagt.

Die Verurteilung des Verhaltens der Unternehmer.

London, 14. September. (E.P.) Premierminister Baldwin wird am Mittwoch, spätestens Donnerstag in London zurückkehren, worauf ein Rabinetsrat stattfinden soll. Die Stellungnahme der Grubenbesitzer wird nicht nur von liberalen, sondern auch von konservativen Kreisen verurteilt. Man wirft ihnen vor, daß sie den Kohlenbericht, den sie feinerzeit angenommen haben, nun ablehnen. Die Behauptung, daß ein nationales Abkommen die Industrie mit politischen Fragen verknüpfen würde, sei nicht überzeugend, schreibt die „Times“. Die Vorschläge der Regierung zurückzuweisen, hieße eine schwere Verantwortung auf sich nehmen. Zeitungen wie „Morning Post“, „Daily Mail“ und „Daily Telegraph“ verteidigen jedoch die Beschlüsse der Grubenbesitzer.

Keine einheitliche Stellung der Grubenbesitzer.

Die Grubenbesitzer der Grafschaft Durham haben bekanntgegeben, daß sie einem nationalen Abkommen nicht abgeneigt seien, indessen kein sie gleichwohl bereit, an einer Konferenz mit Regierungs- und Arbeitervertretern teilzunehmen.

London, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Das heute bekanntgegebene endgültige Resultat der Abstimmung unter den Bergbauunternehmern zeigt, daß sämtliche Distriktsverbände der Unternehmerorganisation, mit einziger Ausnahme der Unternehmer in Warwickshire gegen nationale Lohnverhandlungen sich ausgesprochen und demgemäß der Zentrale des Unternehmerverbandes keine Vollmacht erteilt wird, in zentrale Lohnverhandlungen mit dem Bergarbeiterverband einzutreten.

Die Bergarbeiter müssen unterstützt werden.

Bei den Veranstaltungen in der Werbewoche müssen Sammelbüchlein zirkulieren. Es wäre ein bedeutsamer Erfolg der Gewerkschaftswoche mit, wenn es gelänge, recht ansehnliche Summen zusammen zu bringen, um dem Existenzkampf der englischen Bergarbeiter größeren Nachdruck zu geben, damit die Herren Grubenbesitzer zur Vernunft kommen. Die Sache der englischen Bergarbeiter ist jetzt unsere Sache. Sammelt!

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Engel; Wirtschaft: Felix Gatzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Frauenarbeit: Dr. John Schlimm; Soziale und politische: Reichsminister; Anzeigen: Th. Gieseler; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

„Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.“

Auftakt zur Werbewoche.

Die Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter waren am Freitag im großen Saal des Gewerkschaftshauses versammelt, um ein Referat des Genossen Ernst Schulte, Vorstandsmitglied des ADGB, über „Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die deutsche Arbeiter“ entgegen zu nehmen.

Genosse Schulte schilderte die Entwicklung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vom Tage der Proklamation des kommunistischen Manifestes an, das die Fundamentalforderung erhob: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“. In eingehender Weise behandelte er die ersten Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, den Uebergang von den lokalen Fachverbänden zu zentralen Organisationen, den Kampf innerhalb der Gewerkschaften um die Organisationsform und um die Unterstützungseinrichtungen, den Kampf um Tarifverträge, um Lohn, Arbeitszeit, und vor allen Dingen die Bestrebungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Mit großem Interesse wurden besonders seine Ausführungen über die Grenzen der Solidarität und die Auswirkungen bestimmter gewerkschaftlicher Aktionen in einzelnen Ländern auf die Gewerkschaftsbewegung anderer Länder entgegengenommen. Die Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Im Anschluß an das Referat behandelte Kollege Polenske in kurzen Zügen die für die internationale Gewerkschaftswoche vorgesehenen Maßnahmen und im besonderen den Aufmarschplan für die Gewerkschaftswoche am Sonntag, den 19. September 1925.

Polenske berichtete über die jüngsten Lohnbewegungen. Die Gasbetriebs-Gesellschaft hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin abgelehnt. Die Organisation hat daraufhin die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Lohnverhandlungen bei den Charlottenburger Wasser- und Industriewerken sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Die vom besten Geist und Willen besetzte Funktionärsversammlung war einmütig in der Auffassung, in den nächsten Wochen alles zu tun, um die noch vorhandenen Lücken in der Organisation zu schließen.

Gewerkschaftsfeier der Lithographen.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe feierte gestern in der Kammerkassen ein doppeltes Fest: Das 25jährige Bestehen der Gewerkschafts-Internationale und das 25jährige Verbandsjubiläum von 120 Berliner Mitgliedern. Die Ortsverwaltung, die jedes Jahr ihre Jubilare durch eine Veranstaltung ehrt, hatte diesmal anlässlich des internationalen Jubiläums eine besonders würdige Feier veranstaltet. Der große Saal der Kammerkassen war prächtig geschmückt. In den Saal hinein wehten rote Fahnen. Von der Bühne leuchtete aus flammendem Rot die alte Mahnung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Das Programm des Abends war sehr gewählt und geschmackvoll. Nach einleitenden Darbietungen des Konzertorchesters unter Leitung S. Löwenthals sprach Genosse Landa den Prolog „Weltweg der Arbeit“ von Franz Rothensfelder. An die darauf folgenden Darbietungen des Berliner Sängerkorps schloß sich die Feste des Verbandsvorsitzenden Genossen Haß, der die Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die heutige Bedeutung der Gewerkschaften und die Notwendigkeit ihrer weiteren Stärkung auslegte. Die Verbandsjubilare ehrte in einer Ansprache der Ortsvorsitzende Genosse Hoffmann. Während des bunten Teils rief vornehmlich Erich Weinert die Teilnehmer zu immer neuen Beifallsstürmen hin. Den Verbandsjubilaren wie auch den übrigen Teilnehmern wird die wohlgelungene Feier in bester Erinnerung bleiben.

Zur Neuregelung der Erwerbslosenfrage.

Die von den Gewerkschaften zur Einführung des Lohnklassensystems in die Erwerbslosenunterstützung vor einiger Zeit im Reichswirtschaftsrat gemachten Vorschläge zeigen, wie wir erfahren, folgendes Bild:

An die Stelle der von der Regierung geplanten fünf Lohnklassen treten acht. Diese acht Lohnklassen sind wie folgt gestaffelt: Lohnklasse 1 bis 12 M., dann 15, 21, 27, 35, 45, 55 und achte Lohnklasse 65 M. In der ersten und zweiten Lohnklasse beträgt die Unterstützung 60 Proz., von der dritten bis achten Lohnklasse 50 Proz. des Einheitslohnes. Für die Frau und für jedes Kind treten 7½ Proz. Zuschlag hinzu. Grenze der Gesamtunterstützung bei 80 Proz. des Lohnes.

Diese Vorschläge bringen gegenüber den Plänen der Regierung

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6325, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhauserstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telephone: Königsstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias
Rheuma, Reiden, Bellschmerz, Hexenschuß, Heilung nachweislich durch das anerkannteste, von maßgebend. ärztl. Autoritäten erstklassig begutachtete u. bevorzugte Heilverfahren. 10-12, 4-7. Sonntags 10-12.
LEPPMANN, Genthiner Straße 14.

Einen gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie durch den **echten „Baldravin“**
Patentamt. gesch. unter Nr. 342 661. Er enthält sämtliche Extraktstoffe der Baldrianwurzel in reiner Substanz, die als schnellste und wirksamste Mittel bei Schlafstörungen, wie sie man entziehen kann. — Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Herhiller:
Otto Stumpf H.-G., Chemnitz

WENESTI
und doch **sehr gut!**
Scherif: flach • Gold
Kibari: dick • rund
ohne Mundstück

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,—
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausschubstellen.

Ischias
Um den seit vielen Jahren besten eingeführten **Kapitän-Kautabak**
weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist beschlossen worden, daß die **Kapitän-Kauer**, welche in dem Firmengeschäft der Jahre Rolle und Schicksal bezeugen, einen kleinen numerierten weißen Teufel-Randen, eine rot silberne, 600 g. Kautabak-Pfeife umwickeln erhalten. Diese Pfeife verleiht die beste gesundheitliche Aufbereitung des Tabaks.
Verkaufstellen durch
C. Röder
Berlin, Lichtenberger Straße 22
Königsplatz 6661

Zuckerkrankhe
Frauen Sie Ihren Arzt Ob. A. Siegert Antidiabeticum und verlangen Sie Kostenlos diesbezüg. hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Walldorf B 37 (Hessen)